

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1923

20.6.1923 (No. 140)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postkontonummer
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. K. u. d.
Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für Juni 6000 M. — Einzelnummer 250 M. — Anzeigengebühr: 320 M. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Dreite. Briefe und Gelder frei. Bei Rückstellungen tariflicher Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antilige Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Anzeigenschein des Anzettelers berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Verbreitung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Anzeigenschein keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Spätjahrsprüfung der Rechtskandidaten.

Die Abhaltung der diesjährigen Spätjahrsprüfung der Rechtskandidaten ist für die zweite Hälfte des Monats September in Aussicht genommen. Die Anmeldungen sind im Laufe des Monats August beim Justizministerium einzureichen.

Regierung, Militaristen und Parlament in China.

Aus Peking, 4. Mai, erhalten wir den nachstehenden einen zusammenfassenden und klaren Überblick über die Lage in Gesamtchina, jedoch nicht über die Provinzen.

Die Lage in China ist niemals ernster und hoffnungsloser seit der Gründung der chinesischen Republik gewesen, als im gegenwärtigen Moment. Daß die europäischen Regierungen und Amerika sich trotzdem mit dieser Lage so wenig zu befassen scheinen, ist eine Folge des überwiegenden Interesses für den Ausfuhrmarkt und für die Lösung der Schwierigkeiten im nahen Orient. Und doch werden vielleicht in kurzer Zeit Ereignisse eintreten, welche die Mächtigkeiten der anderen Staaten nach hier zwingen.

China ist finanziell, innerpolitisch und moralisch im Rückgang begriffen. Im Gegensatz zu der einst fast sprichwörtlichen Vertragstreue der Chinesen werden Verträge und andere Verpflichtungen immer wieder von den Provinzialbehörden verletzt und die Zentralregierung in Peking ist jeder Macht beraubt.

Dieser trostlose Zustand besteht, seit China wirklich eine Republik ist, d. h. seit 1916. Dem Namen nach allerdings wurde China schon 1912 Republik. In der Tat aber stand es von diesem Zeitpunkt bis 1916 unter der Vormachtigkeit eines Diktators, des Präsidenten Yuan Shih-kai. Er war stark genug, alle Gegenströmungen im Reiche zu ersticken, und so zeigte das Land nach außen hin das Bild einer gewissen Einheit. Aber mit seinem Tode wurde klar, daß einzig seine kraftvolle Persönlichkeit den Zusammenbruch verhindert hatte. Denn jetzt hörte jegliche Autorität der Zentralregierung auf. Wenn auch der Einfluss der Generale Tso Tsun und Wu Pei-fu zeitweise bestimmte Provinzen den Anweisungen Peking's gehorchen, so ist es doch nie mehr gelungen, daß eine Verfügung der Zentralregierung vom ganzen Reich als verbindend betrachtet werden würde.

Die drei östlichen Provinzen können zurzeit als gänzlich außerhalb des Reiches stehend betrachtet werden. Dort hat Chang Tso-lin sich im Frühjahr 1922 für unabhängig erklärt und eine eigene Regierung in Mukden begründet. Diese kümmert sich nicht im geringsten um Peking mit seinen Präsidenten, seinem Kabinett und seinen fremden Gesandtschaften. Da Chang Tso-lin die Peking-Mukden-Bahn lahmlegte, indem er den Durchgangsverkehr an der Mandchurischen Grenze verbot, sieht sich Peking zudem vor einer ungeheuren wirtschaftlichen Behinderung. Denn über Mukden war sie mit dem russischen Eisenbahnnetz in Sibirien und dem japanischen in Korea verbunden.

Die änderen Provinzen stehen unter roter Herrschaft. Die nördlichen und mittleren Teile Innerchinas werden von den Generälen Fong Tsun und Wu Pei-fu in Losung kontrolliert, von deren Gnade die Peking'sche Regierung lebt. Dies muß nach ihren Wünschen Verfügungen erlassen und zu wiederholten Malen haben sie Präsident und Kabinett offener Demütigung ausgesetzt.

Im westlichen, südwestlichen und südlichen China herrscht allgemeine Verwirrung. In Szechuan, Chinas reichster und größter Provinz ist Wang Yung-chang, in der Wu Pei-fu sich einzumischen sucht in der Hoffnung, seinen Machtbereich zu erweitern. Die Provinz Yunnan ist in den Händen des ehrgeizigen Zhang Chih-shan, der auch Szechuan sich unterwerfen möchte. In Kwangsi herrscht seit 2 Jahren absolute Anarchie. In Canton ist die Lage unklar. Sun Yat-sen hat zwar ein halbes Jahr nach seiner Vertreibung triumphiierend zurückkehren können, aber trotzdem bleibt die Militärpartei ein Faktor, mit dem zu rechnen ist. In Fujian und Kwangsi ist es unruhig. Chongking hat letzten dadurch die Aufmerksamkeit erregt, daß es eigenmächtig in der Besetzung fremden Gütes vorging und so seine internationalen Verpflichtungen verletzte. Dazu nimmt in vielen Provinzen das Räuberwesen überhand, alles in allem also bietet das Gesamtreich das Bild eines vollständigen Chaos.

Das Parlament ist leider am allerletzten Instande, dem Wirtswort zu sterben. Es ist noch dasselbe wie 1913. Es war 1914 von Yuan Shih-kai aufgelöst, aber 1917 von Li Yuan-fang wieder einberufen worden. Allerdings nur, um kurz darauf wieder aufgelöst zu werden und es auch bis 1922 zu bleiben. Die Mitglieder beider Häuser sind zum größten Teil Berufspolitiker überstürzt. Abgesehen von den unheimlich hohen Löhnen die meisten von ihnen Unterstützungsgelder oder Besoldungsgelder von den Militaristen und anderen interessierten politischen Kreisen. Es ist ein offenes Geheimnis und des öfteren in der Presse festgestellt worden, daß bei manchen Vorlagen die einzelnen Mitglieder für ihre Stimmabgabe in gewöhnlichem Sinne Geldsummen erhalten haben. Seit dem 1. August 1922 bis heute hat das Parlament kein einziges aufbauendes Gesetz verabschiedet. Wenn es zusammentritt, was ziemlich selten geschieht, sind die Sitzungen meist fruchtlos infolge der Färsereien zwischen den Parteien, die vom Verlesen von Aktenstücken und ähnlichen begleitet sind. Dabei hat dieses eigenartige Parlament die Annahme wichtiger Verträge, die die Zentralregierung geschlossen hat, abzuwehren, und jede oecumene Stielung auswärtiger Angelegenheiten zu verhindern.

Politische Neuigkeiten.

Deutscher Reichstag.

Beginn nachmittags 2 Uhr.

Der Gesetzentwurf, durch den der Kapitalertrag auf die Sowjetrepublik der Ukraine, Weißrussland, Georgien, Aserbeidshan, Armenien und die Republik des fernen Ostens ausgedehnt wird, kommt ohne Debatte in allen drei Lesungen zur Annahme.

In zweiter und dritter Beratung wird debattiert die Novelle zum Verdrängungsgesetz angenommen, die die Entschädigungssätze der Geldentwertung anpassen will. Dann wird die zweite Beratung der Novelle zum Landessteuergesetz fortgesetzt.

Abg. Merck (Bayr. Vp.) stimmt trotz vieler Bedenken der Vorlage zu, verlangt aber eine grundsätzliche Neuordnung der Finanzverfassung mit dem Ziel, den Ländern und Gemeinden die Steuerhoheit in gewissem Umfang wieder zu verschaffen.

Abg. Herold (Ztr.) bedauert, daß die Kritiker der Vorlage nicht in der Lage waren, Verbesserungsvorschläge zu machen. Bei der jetzigen Finanznot könnte natürlich kein Steuergesetz heraus befriedigend sein. Den Gemeinden würde aber in der unveränderten Annahme der Ausschussvorlage ein großer Dienst erwiesen.

Abg. Reine (Soz.) begründet einen Antrag auf Befreiung der Genossenschaften und Konsumvereine von der Umsatzsteuer.

Abg. Roenen (Komm.) verlangt größere Mittel für die Gemeinden. Er protestiert dagegen, daß die sehr gerechte anhaltliche Grundsteuer durch das Eingreifen der Reichsregierung im Interesse der Großgrundbesitzer und des ehemaligen Herzogs verschlechtert worden sei.

Damit schließt die Aussprache. — Unter Ablehnung aller Änderungsanträge wird die Vorlage in der Ausschussfassung in zweiter Beratung angenommen.

Angenommen wird ferner folgende, von allen Parteien mit Ausnahme der Kommunisten eingebrachte Entschließung: Die Reichsregierung wird ersucht mit allen Kräften eine organische Neuregelung der Finanzverhältnisse zwischen dem Reich und den Ländern in der Richtung in Angriff zu nehmen, daß die bisherige Aufschwundwirtschaft beseitigt und den Ländern und Kommunen die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Selbstverwaltung zurückgegeben wird. Zu diesem Zweck ist eine klare Verteilung der Steuerquellen zwischen dem Reich und den Ländern erforderlich. Dem Reich als dem in erster Linie in Frage kommenden Träger der Kriegslasten ist hierbei der erforderliche Vorrang zu sichern. In der öffentlichen Hand befindlichen Betriebsverwaltungen dürfen von den allgemeinen Steuerlasten nicht ausgenommen werden. — Auf sozialdemokratischen Antrag wird mit 146 Stimmen der Rinken gegen 144 beschloffen, die dritte Beratung auszusprechen.

Die Novelle zum Wohnungsversteuergesetz ist von der Reichsregierung zurückgezogen worden. Statt dessen wird die Verlängerung des Gesetzes bis zum 1. April 1925 beschloffen.

Um 2 1/2 Uhr verläßt sich das Haus auf Mittwoch, nachmittags 2 Uhr: Kleinere Vorlagen.

Frankreichs Gewaltpolitik.

Darmstadt, 19. Juni. Zu der Lahmlegung des Eisenbahnverkehrs durch die Besetzung sämtlicher Bahnhöfe und Eisenbahnwerkstätten und zu der französischen Drohung, in Zukunft alle Eisenbahnen auszuweisen, wenn sie nicht gewillt seien, für die französische Regie zu arbeiten, haben die organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten Großdarmstunds eine Kundgebung erlassen, in der sie den Eisenbahnern ihre tatkräftigste Hilfe und brüderliche Unterstützung zusichern und zur Ruhe und Besonnenheit auffordern.

Münster, 19. Juni. Die Lebensmittelbeschwerden in den absehbaren Städten bestehen weiter. Lebensmittel können nur auf den Straßen herbeigeschleppt werden. In Dordogne und Herne haben die Franzosen die Landstraßen durch tiefe Gräben für den Verkehr gesperrt.

Berlin, 20. Juni. Der „Voss. St.“ zufolge sind in der Zeit vom 10. Januar bis 2. Juni 1923 insgesamt 5764 Eisenbahner aus ihren Wohnungen vertrieben worden. Davon wurden 4559 aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen. Die Zahl der von der Verdrängung betroffenen Familienangehörigen beträgt 17 887, die Zahl der von der Ausweisung betroffenen Angehörigen 11 151. Verhaftet wurden insgesamt 564 und vom Kriegsgericht beurteilt 105 Eisenbahner.

Köln, 19. Juni. Die Besatzungsbehörden haben in Bonn weitere Wohnungen räumen lassen. In den letzten Tagen wurden besonders Post- und Finanzbeamte davon betroffen.

In der Nacht vom 17. auf 18. Juni entgleiste ein Güterzug der französisch-belgischen Eisenbahnlinie bei Woll Dindorf an der Strecke Eisdorf-Bettburg.

Im Bahnhof Pfalzborf entgleisten beim Rangieren 7 Personenzüge und ein geladener Güterwagen der französisch-belgischen Eisenbahnlinie.

Köln, 19. Juni. In der Nacht zum Montag entgleiste auf der Strecke Eisdorf-Bettburg und beim Bahnhof Pfalzborf zwei Güterzüge der französisch-belgischen Eisenbahnlinie.

Die Strecke Herne-Oberhausen wurde militarisiert.

In Gelsenkirchen hielten die Franzosen die Anlagen und Niederlagen der Mannesmann-Werke besetzt, nachdem sie erst sämtliches greifbares Material abtransportiert hatten, wurden die Werke wieder geräumt.

In Dortmund haben die Franzosen, nachdem sie erst Diensträume des dortigen Postamts beschlagnahmt hatten, noch weitere Diensträume für die alliierte Kommission mit Beschlag belegt.

Paris, 19. Juni. Der „Petit Parisien“ teilt mit, er glaube zu wissen, daß die Besatzungsbehörden zwei neue Maßnahmen

ergriffen haben, um den Druck zu verstärken, 1. hätten sie beschlossen, von nun ab den Transport von Koks im Innern des Ruhrgebietes zu unterjagen. Der Transport könne augenblicklich nur noch für solche Firmen durchgeführt werden, denen es gelinge, einen Teil des fabrizierten Kokes zu verladen. In zweiter Linie sei am 15. Juni von General Degoutte ein Erlass veröffentlicht worden, wodurch alle Eisenbahnlinien im Innern des Ruhrgebietes, die bisher noch außerhalb des Kontrollsystems geblieben seien, unter die direkte Kontrolle der militärischen Behörden gestellt wurden. Diese neue Kontrolle gestalte es, von nun ab den Gebrauch dieser verschiedenen Linien — sei es für den Warentransport, sei es für den Erklärungstransport — zu überwachen.

Paris, 19. Juni. Gestern hatte bereits der „Temps“ die Frage erörtert, ob durch die Militarisierung der Eisenbahn von Essen nach Dortmund die Ernährung der Bevölkerung des Ruhrgebietes gefährdet erscheine. Heute erörtert in einem offenbar inspirierten, aus Dortmund datierten Artikel die Havas-Agentur die gleiche Frage. Es heißt darin, daß die Besetzung des Ruhrgebietes befürchte, die Besetzung der Linie Essen bis Dortmund würde ernste Schwierigkeiten für die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung nach sich ziehen. Da die deutschen Eisenbahner bis jetzt die Arbeit unter fremder Regie ablehnten, müßten nun auch nach Dortmund die Lebensmittel in Lastautos gebracht werden, ein Ausfallsmittel, das wegen des Materialmangels bald versagen werde.

Kurze Nachrichten.

Berlin, 19. Juni. In der heutigen Sitzung des ständigen Ausschusses des Reichseisenbahnrats sprach sich die Mehrheit des Ausschusses für die von der Verwaltung vorgeschlagene Erhöhung der Gütertarife um 250 Prozent aus. Eine Erhöhung der Personentarife zum 1. Juli d. J. um 300 Prozent für die 1. und 2. Wagenklasse und von 200 Prozent für die 3. und 4. Wagenklasse wird mit beträchtlicher Mehrheit angenommen. Die Entscheidung des Reichsverkehrsministers steht noch aus.

München, 19. Juni. Der Staatsanwalt beantragte im Fuchs-Prozess am Schluß seines heutigen Plädoyers folgendes: Für Fuchs lebenslängliches Zuchthaus, 10 Millionen Geldstrafe und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebensdauer, für Munk 5 Jahre Zuchthaus, 50 Millionen Geldstrafe, Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf 10 Jahre, Zulassung der Stellung unter polizeilicher Aufsicht, Ausweisung aus dem deutschen Reiche und sofortige Verhaftung, für Berger 2 Jahre Festung und 200 000 Mark Geldstrafe, für Rudolf Gutermann 1 Jahr 5 Monate Festung und 1 Million Geldstrafe, für Richard Gutermann Freispruch.

London, 19. Juni. Nach einer Meldung aus Konstantinopel hat der englische Nachrichtenendienst in Konstantinopel Kenntnis von dem Vorhandensein einer starken türkischen Armee in Thrakien erhalten, die aus Kavallerie, Artillerie und Infanterie besteht. Diese Armee sei 30 Meilen von Konstantinopel entfernt in Silivri konzentriert. Die Bewegung dieser Armee sei einige Zeit von englischen Korvettenbooten beobachtet worden. Einer Mitteilung des Fernsprechnetzes „Elenchid“ ist die vor zwei Tagen erfolgte Beschlagnahme eines türkischen Truppentransportschiffes zu verdanken.

Paris, 19. Juni. Nach den aus Brüssel vorliegenden Meldungen begegnet Herr Theunis bei seinem Besuche ein Kabinett zu bilden, außerordentlichen Schwierigkeiten. Er hat im Laufe des heutigen Tages mit den Führern der katholischen Linken, der Liberalen und der Blamen verhandelt, und es scheint, daß die ursprünglich in Aussicht genommene Koalition zwischen den Liberalen und Katholiken als aussichtslos fallen gelassen worden ist. Die Frage der Genera Unversität und die Forderung der Blamen nach Einführung des zweisprachigen Kommandos in der Armee, die von den Liberalen abgelehnt wird, ist nach wie vor der Stein des Anstoßes, an der alle Kombinationen bisher gescheitert sind. Der morgige Tag wird vermutlich die Entscheidung bringen, ob Herr Theunis, der den ihm vom König erteilten Auftrag noch nicht definitiv angenommen hat, seine Bemühungen fortsetzen oder endgültig auf die Neubildung des Kabinetts verzichten wird. (Zeff. Stg.)

Badische Übersicht.

Badischer Landtag.

DZ. Karlsruhe, 19. Juni.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurden kurze Anfragen erledigt. Daraus ergab sich, daß die Voruntersuchung gegen Geschäftsführer Abele und Gen. von der Siedelungs- und Landbank wegen Untreue beim Hagenschichtunternehmen noch nicht abgeschlossen ist. Man hofft auf baldige Fertigstellung des umfangreichen Sachverständigengutachtens und auf Durchführung des Verfahrens noch im Laufe dieses Sommers. Die zivilrechtlichen Rechtsprozesse sind bis dahin ausgeführt.

Das Haus verabschiedete dann in 2. Lesung das Sinterlegungsgesetz und die Vorlage betr. Änderung des Einfuhrungsgesetzes zu den Reichsjahresgesetzen, des Postengesetzes und des Gesetzes über die Bestellung von Vergleichsbehörden in streitigen Rechtsangelegenheiten.

Es folgte die 2. Lesung der bad. Kreisordnung. Einige Debatten verursachte der sozialdemokratische Antrag, wonach die Wahlen zur Kreisversammlung in Verbindung mit den Landtagswahlen stattfinden sollen. Dafür sprechen die Abg. Müller, Strobel und Maier-Heidelberg, dagegen die Abg. Müller (Ztr.) und Dr. Glöner (Dem.), da der Vorstoß nicht die Gewähr für eine angemessene Vertretung der Amtsbezirke bietet. Der Antrag wurde abgelehnt und schließlich das ganze

